

Vorlage Nr. 46/2023		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Entfristung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für die Sachbearbeitung Schülerangelegenheiten für die Organisation der schulischen Betreuung und Förderung geflüchteter und zugewanderter Schüler:innen

A Problem

Mit Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses vom 22.03.2022 wurde ein 1,0 überplanmäßiger Bedarf für die Sachbearbeitung Schülerangelegenheiten im Rahmen der Bewältigung der Flüchtlingskrise bewilligt. Der Bedarf war befristet für die Dauer eines Jahres ab Einstellung. Zwischenzeitlich wurde der Bedarf bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2023/2024 verlängert.

Insgesamt werden derzeit rund 900 zugewanderte und geflüchtete Schüler:innen an Bremerhavener Schulen beschult. Um die Erfassung und Zuweisung der zugewanderten Schüler:innen, die Beratung von Eltern und Erziehungsberechtigten sowie insbesondere die leistungsgerechte schulische Betreuung der geflüchteten Schüler:innen sicherzustellen und hierbei eine dem Sprachstand angemessene Förderung und Bildung im Rahmen der 70 Willkommens- und Vorkurse zu vermitteln, ist die bisher befristet eingerichtete Stelle zu entfristen.

Das Aufgabengebiet erstreckt sich neben den beispielhaft aufgeführten Aufgaben weiter auf die gesamte Abwicklung der Einrichtung von Beschulungsmöglichkeiten für geflüchtete und zugewanderte Schüler:innen einschließlich der erforderlichen Personalakquise. Hierzu gehören u. a. die Organisation von Räumen in Abstimmung mit Seestadt Immobilien und außerschulischen Partner:innen, Absprachen zwischen Schulen und der Arbeiterwohlfahrt als zuständigem Kooperationspartner, Einteilung der Kurse in Abstimmung mit den Pädagog:innen, Abstimmungen mit dem Gesundheitsamt zwecks Schuleingangsuntersuchungen, Erfassung und Zuweisung der Schüler:innen, Beratung von Eltern und Erziehungsberechtigten sowie die Bearbeitung der Stellenausschreibungen und Durchführung von Besetzungsverfahren.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Kultur die Entfristung des 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA)) „Sachbearbeitung zugewanderter Schüler:innen“ für das Schulamt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten 2023 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von ca. 70.040 € brutto/Jahr (1,0 Stelle, Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltliche Bewertung), die aus dem Personalkostenbudget des Schulamtes bzw. im zuständigen Ausschussbereich zu finanzieren sind.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfs erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung/Abstimmung

Aus organisatorischer Sicht bestehen keine Einwände.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird am 20.09.2023 beteiligt.

Im Rahmen der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit nach dem BremIFG

Keine, eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt vorbehaltlich der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Kultur die Entfristung des 1,0 überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA)) „Sachbearbeitung zugewanderter Schüler:innen“ für das Schulamt.

Zum Haushalt 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz
Oberbürgermeister